

# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig  
 Die Zeitungsbildern und ... Kosten ...

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale  
 Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaft

**WIRTSCHAFTS-LEHRKUNDE**  
 22. Januar, 10 Uhr  
 Zirkus Serravallo  
 Wirtschaftswissenschaften  
 Kunst und Wissen

Bezugspreis monatlich drei Haus 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.), durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-Alt. / Geschäftsstelle u. Expedition: Osterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfachkonto Dresden Nr. 18 690, Dresdener Verlagsgesellschaft / Schriftleitung: Dresden-Alt. Osterbahnhofstr. 2 / Fernstr. Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gefaltene ...  
 anzeigen 0,20 RM. für die Restzeile an ...  
 Anzeigen-Nachnahme wochentags bis 9 Uhr ...  
 Straße 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich ...  
 Bezahlungsfrist kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

4. Jahrgang

Dresden, Mittwoch den 11. Januar 1928

Nummer 9

## Der „Sozial-Etat“ der Bürgerblöcke

Der Haushalt des Reichsarbeitsministeriums  
 Von Siegfried Hädel.

Im Rahmen der reaktionären Bürgerblockpolitik gehört der Abbau auf sozial-politischem Gebiet von Anfang an zu den mit am energischsten betriebenen Maßnahmen der Marx-Hergt-Keudell-Regierung.

Während einerseits durch die kapitalistische Wirtschaftsführung im allgemeinen und die „Nationalisierung“ der Wirtschaft“ im besonderen das soziale Elend eine fortgesetzte Vertiefung erfährt, so ist es andererseits für die Bürgerblockregierung als Vollzugsorgan der Junker und Schlotbarone eine Selbstverständlichkeit, den kapitalistischen Profit zu schützen. Neben den Diensten, die die Regierung den Unternehmern bei der Ausbeutung und Ausplünderung der werktätigen Massen leistet, indem sie den Kampf der Unternehmer gegen den Achtstundentag, gegen die Lohnforderungen der Arbeiter, durch den staatlichen Schlichtungsapparat unterstützt, wird mit Erfolg die Abwälzung der sogenannten „sozialen Lasten“ auf die Schultern der werktätigen Massen betrieben.

Als Spezialabteilung der Reichsregierung zur Durchführung der Unternehmerwünsche besteht das „Reichsarbeitsministerium“, dessen Chef, der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, sich nicht erst in der Bürgerblockregierung das Vertrauen der Kapitalisten zu erwerben brauchte, sondern als „wertbeständiger“ Minister schon innerhalb vieler Kabinette dem Geldsak diente, also seit langem die ganz besondere Berücksichtigung der Kapitalisten genießt.

Dah dem Zentrumschriften Dr. Brauns innerhalb der Bürgerblockregierung ganz besondere Aufgaben „sozialer Art“ zufallen würden, mußte jedem klar sein, der die „schönen Reden“ zu deuten versteht, die die Bildung der Bürgerblockregierung begleiteten und vor allem die wohlmeinenden Ratschläge Dr. Silberbergs auf der Tagung der Industriellen am 3. und 4. September 1926 in Dresden zeigten den Kurs, den zu jenen die Kapitalisten von ihrem Dr. Brauns verlangten.

Silberberg sagte in seiner Rede:

„Es ist schon von aufmerksamen und nicht voreingenommenen Beobachtern erkannt, daß die quantitative und qualitative Ueberspannung sozialer Fürsorge bei uns die Selbstverantwortung tötet. Diese physische Einwirkung auf die Menschen, ihre Lichtwertung gegen sich selbst, ihre Familie, ihre Umwelt und den Staat ist weit schlimmer und gefährlicher, wie eine verhältnismäßig leicht abänderbare, lediglich quantitative Ueberspannung sozialer Fürsorge.“

Des weiteren befindet sich in der Denkschrift des Reichsverbandes der Industrie vom Dezember 1925 folgende bezeichnende Sätze:

„Die Aufrechterhaltung einer weitgehenden sozialen Fürsorge ist nur möglich, wenn die Beiträge aller Teile der Wirtschaft für soziale Zwecke sich der tatsächlichen Leistungsfähigkeit anpassen und wenn die Leistungen an die Empfänger sich in solchen Grenzen halten, daß die Empfänger der eigenen Verantwortung des einzelnen für sich und seine Familie nicht zertört wird.“

Also Abbau der Sozialpolitik! Mit verstärkter Kraft wurde das Tempo auf diesem Wege beschleunigt, den bereits die früheren Regierungen eingeschlagen hatten.

Brutal und rücksichtslos betrieben die Bourgeois ihre Klassenpolitik. Das Zahlenwerk des Etats für 1928 (und hier vor allem der Etat des Reichsarbeitsministeriums) beweist, daß ungeachtet der unbeschreiblichen Not des Proletariats die Bürgerblockregierung ihren sozialreaktionären Kurs nicht im geringsten ändern will.

Der Etat des Reichsarbeitsministeriums für das Jahr 1928 ist jedoch nicht nur ein Beweisdokument für die Zukunft, sondern zugleich eine Bilanz der Sozialpolitik des Jahres 1927. Die Zahlen des Etats sind ein Spiegelbild der Wirkungen, die sich aus der sozialpolitischen Gesetzgebung des Jahres 1927 ergeben.

Geradezu ungeheuerlich sind die Einsparungen, die bei den Ausgaben für „soziale Zwecke“ im kommenden Haushaltsjahr geplant sind.

Der Gesamtschub für den Etat des Reichsarbeitsministeriums betrug im Jahre 1927 1 027 415 562.— RM. Im Jahre 1928 soll jedoch der Zuschuß nur 624 503 200.— RM betragen. Dies bedeutet ein „Weniger“ von 402 912 362.— RM. Also fast eine halbe Milliarde will die Bürgerblockregierung im kommenden Jahr am Sozialetat sparen. Die Herren Silberberg, Ihnlen, Klöckner und Konsorten können zufrieden sein, denn diese Tatsache bedeutet einen gewaltigen Fortschritt zur Verwirklichung ihrer Wünsche.

Daß diese ungeheure Reduzierung der „sozialen Ausgaben“ nicht auf eine Verminderung des Bedarfs zurückzuführen ist, wird nicht allein durch die allgemeinen sozialen Verhältnisse bewiesen, sondern auch (und hier wohl am besten) durch die Entwicklung, die der Haushalt des Reichsarbeitsministeriums in den letzten Jahren nahm. Als Reflex der allgemeinen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse sehen wir trotz der elenden Unterstü-

## Empörung gegen die Rostekandidatur

Ein Dementi, das bestätigt / Die Volkszeitung bleibt in der Rostefront

Gestern haben wir in unserem Artikel über die Rostekandidatur festgestellt, daß die Dresdener Volkszeitung in vollem Umfange in der Rostefront steht. Sie erhebt kein Wort des Protestes gegen die Rostekandidatur, sie erhebt nur Roste selbst, auf die Kandidatur zu verzichten. Gestern Abend bringt nun die Volkszeitung eine Mitteilung des sozialdemokratischen Pressebüros, die ein Dementi der Meldung über die Bereitschaft der Anerkennung einer Kandidatur Rostes durch den Parteivorstand darstellt. Die Volkszeitung gefällte sich dabei in einem wüsten Angriff gegen die Roste-Fahne. Bezeichnend ist, wie die Volkszeitung und wie der Vorwärts Stellung nehmen. Die Volkszeitung schreibt über die auch von uns gemachte Mitteilung, daß der Parteivorstand erklärt habe, er werde gegen die Kandidatur Rostes nicht aufstehen. „An dieser Behauptung ist kein wahres Wort. Es ist weder richtig, daß sich der Parteivorstand mit einer Kandidatur Rostes befaßt hat, noch trifft es zu, daß Vertreter des Wahlkreises Welsch-Ems in Berlin waren, um diese Kandidatur durchzusetzen.“

Der Vorwärts schreibt:

„Hierzu teilt uns der Parteivorstand mit: Es hat am Donnerstag keine Sitzung des Parteivorstandes stattgefunden; es war keine Delegation aus Welsch-Ems beim Parteivorstand. Der Parteivorstand hat bisher keine Beratung gehabt, sich mit einer Kandidatur Rostes zu befassen. Weder aus dem Wahlkreis Welsch-Ems noch aus einem anderen Wahlkreis ist wegen Befürwortung einer solchen Kandidatur jemand beim Parteivorstand vorstellig geworden. Der Parteivorstand hat nach dem Organisationsstatut die Entscheidung für den Fall, daß in einem Wahlbezirk zwischen den beteiligten Organisationen Streitigkeiten über eine Kandidatur entstehen. Das allein wird den Parteivorstand abhalten, Stellung zu nehmen, wenn er nicht offiziell auf Grund des Organisationsstatuts angerufen wird.“

Der Vorwärts dementiert also wesentlich vorsichtiger. Er schimpft auch nicht ganz so grob wie die erbosten „Linken“, er spricht nicht von einer „von Rostau ausgehenden“ roten Fahne.

Aber was dementiert man denn überhaupt? Dementiert man, daß der Parteivorstand für Roste ist? Nur wenn man

das erklärte, dann hätte man ein Dementi unserer Feststellungen. Das aber unterläßt man. Der Vorstand erklärt, er kann und wird sich nicht einmischen. Haben wir mehr behauptet? Nein. Damit wird unsere Meldung bestätigt. Zur Sache schweigt die Volkszeitung. Auch der Vorwärts schweigt nach der verlogenen Erklärung des Parteivorstandes sein Schweigen fort.

Unter den sozialdemokratischen Arbeitern jedoch wächst die Erregung derart an, daß sich in allen Bezirken erregte Auseinandersetzungen anbahnen zwischen den ehrlichen Arbeitern und allen rechten und „linken“ Handlangern des Parteivorstandes, der sich längst für die Rostekandidatur ausgesprochen hat. Wir stark die Empörung der SPD-Arbeiter, wie groß die Furcht der Bezirksinstanzen vor dem Einfluß auf die großen Massen der sozialdemokratischen Arbeiter ist, zeigt nachstehende Meldung der Rostischen Zeitung:

„Der erweiterte Bezirksvorstand der SPD Kommen beschlossen, nach Vorschlag des Bezirksvorsitzenden, Reichstagsabgeordneten Schumann, einstimmig, dem Parteivorstand zu erlauben, seinen ganzen Einfluß dahin geltend zu machen, daß Roste nicht als Kandidat aufgestellt wird.“

Die Erregung der Arbeiterschaft spiegelt sich auch in der stühnringlichen Tribüne der SPD wider, die gestern schrieb:

„Die ganze Aufregung könnte vermieden werden, wenn der Parteivorstand und wenn das Zentralorgan der Partei klar sehen würden, was an der Sache ist. Die Absicht Rostes, zu kandidieren, ist selber eine Tatsache. Es sind nicht nur die Kommunisten, die sich mit der Frage einer Rostekandidatur beschäftigen.“

Es ist die Aufgabe der kommunistischen Arbeiter, den SPD-Arbeitern jetzt klarzumachen, daß alle an den Parteivorstand gerichteten „Anfragen“ und „Aufforderungen“ nur ein Manöver sind, die Arbeiterschaft bewußt darüber zu täuschen, daß sich der Parteivorstand bereits für die Rostekandidatur entschieden und sich durch seine Erklärung verpflichtet hat, seinen Einfluß gegen Roste zu erheben. Die SPD-Arbeiter dürfen sich nicht einreden lassen, daß der Kampf gegen die Rostekandidatur mit papierernen Resolutionen geführt werden kann. Roste ist ja keine Personenfrage, sondern das politische Programm des Parteivorstandes, der fest entschlossen ist, die Koalitionspolitik verstärkt weiter zu führen und gemeinsam mit den Bürgerblockparteien im kommenden Jahre alle bevorstehenden wirtschaftlichen und politischen Kämpfe der Arbeiterklasse abzumirgen und mit den berüchtigten Rostekandidaten, wenn es ihm notwendig erscheint, blutig niederzuschlagen zu lassen. Die sozialdemokratischen Arbeiter müssen das erkennen und gemeinsam mit den kommunistischen Arbeitern nicht nur gegen den Bürgerblockkongress und die Bürgerblockregierung, sondern auch gegen den sozialdemokratischen Parteivorstand und seine Koalitions- und Rostepolitik Sturm laufen.



Eiserner Roste gefällig?

die der einzelne Unterstützungsempfänger, sei es als Erwerbsloser oder Sozialrentner, erhielt, eine fortgesetzte Steigerung der „sozialen Ausgaben“.

Die Ausgaben des Arbeitsministeriums betragen insgesamt im Jahre:

	RM	RM
1924	207 253 055	
1925	501 938 441	mehr wie 1924
1926	887 430 180	mehr wie 1925
1927	1 027 415 562	mehr wie 1926

Geplant für das Jahr 1928 624 503 200 weniger wie 1927 402 912 362

In dem Minus dieser über 402 Millionen Mark erscheint jedoch noch nicht die Gesamtheit der Riesensumme, die auf Kosten der Arbeiterschaft gespart werden soll. Die in der Gesamtabrechnung enthaltenen Erhöhungen gewisser Ausgabebettel bedingen, daß zum Beispiel die gemaltige Summe, die durch die aufgehobene Erwerbslosenfürsorge in Wegfall kommt, gar nicht in voller Höhe erscheint.

Die im vergangenen Jahre geschaffene Arbeitslosenversicherung, die von den werktätigen Massen unmittelbar und mittelbar finanziert werden muß, entlastet den Haushalt des Reichsarbeitsministeriums um 455 Millionen Mark.

Für das Jahr 1927 waren für Unterstützungsw. angelegt: 450 Millionen Mark für die sogenannte „wertstoff-fördernde Arbeitslosenfürsorge“: 130 Millionen Mark Sa.: 580 Millionen Mark

Für das Jahr 1928 sind für den Teil d. Krisenunterstützung, den das Reich zu tragen hat, angelegt 100 Millionen Mark „Wertstoff. Arbeitslosenfürs.“: 25 Millionen Mark Sa.: 125 Millionen Mark

580 Millionen Mark — 125 Millionen Mark Sa.: 455 Millionen Mark

Ist es nunmehr irgend jemand noch zweifelhaft, wer die Lasten der Arbeitslosigkeit in vollem Umfang zu tragen hat?

„Großmütig“ hat die Regierung für Zwecke der eventuellen Darlehensgewährung an die Arbeitslosenversicherung einen Leertitel als Verrechnungstelle vorgesehen. Wir glauben kaum, daß hier jemals nennenswerte Summen erscheinen werden und wenn auch, gehen doch auch diese Darlehen zu Lasten der Arbeiterschaft.